

Eine Zwischenbilanz

Aus der Vorstandssitzung vom 30.08.2006

Von Wolfgang Schmidt, Mitglied des Vorstandes

In einer lebhaften Debatte hat sich der Vorstand mit drei Briefen befasst. Sie sind Ausdruck der verständlichen Ungeduld, mit der Ergebnisse der Klärung neuer rechtserheblicher Tatsachen erwartet werden, die einen erneuten aussichtsreichen Vorstoß zum Bundesverfassungsgericht ermöglichen, um das Rentenstrafrecht auch für die ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS zu überwinden. Dies verbindet sich bei manchem auch mit Problemen, unangenehme Ergebnisse der Einkommensklärung im MfS/AfNS und die Tatsache zu akzeptieren, dass für diesen Vorstoß wichtige Dokumente nicht auffindbar, nicht mehr vorhanden sind oder nie angefertigt wurden. Gleichzeitig wird angesichts der Fülle des dennoch vorliegenden Materials und des unvermeidlichen Zeitaufwands für seine schrittweise Auswertung auch Sorge laut, dass diese immer auf das Hauptsächliche konzentriert bleibt.

Um es vorweg zu nehmen: die überwiegende Mehrheit des Vorstandes hält an den Beschlüssen der beiden letzten Vertreterversammlungen fest. Zunächst gilt es in einem komplizierten, aufwändigen und deshalb zeitraubenden Prozess alle Dokumente, die beweiskräftig sein können, zusammenzutragen und auszuwerten. Parallel hat deren neutrale gutachterliche Auswertung und Bewertung begonnen. Vorschnelle Schlüsse und Verlautbarungen sind dabei ebenso schädlich wie emotional verständliche Versuche, unangenehme Fakten zu unterdrücken oder hinwegzureden.

Auf der letzten Vertreterversammlung wurden die Ergebnisse der Auswertung der Haushaltsstatistik des MfS/AfNS veröffentlicht. Sie weisen ein höheres Einkommensniveau gegenüber der Volkswirtschaft, aber auch gegenüber den anderen bewaffneten Organen aus. Nun geht es darum, letztlich für das Bundesverfassungsgericht nachvollziehbar zu beweisen, wodurch diese Unterschiede gerechtfertigt sind. Bloße Behauptungen helfen uns dagegen nichts. Es ist also mittlerweile belegt, dass im MfS/AfNS mehr verdient wurde als in den anderen bewaffneten Organen und hier wiederum mehr als im Durchschnitt der Volkswirtschaft. Das belegen auch die uns jetzt nach hartnäckigem Ringen vorliegenden Statistiken

des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Diese enthalten auch bisher unveröffentlichte Angaben zum sog. X-Bereich, in dem die bewaffneten Organe den größten Teil stellten. Zweifellos lassen Aufgabenstellung und Struktur des MfS/AfNS nicht ohne weiteres Vergleiche, noch nicht einmal mit der NVA und dem Mdl zu. Doch ohne Vergleiche kann nicht bewiesen werden, dass und wieweit das im MfS/AfNS erzielte Einkommen auf Arbeit und Leistung, wie in anderen Bereichen auch, beruhte und nicht Ausdruck einer »besonderen Wertschätzung« der politischen und staatlichen Führung der DDR für die Tätigkeit des MfS/AfNS war. Wo das nicht gelingt, werden Kürzungen bestehen bleiben. Dabei wird es immer um das MfS/AfNS als Ganzes gehen und nicht um den Einzelfall. Dieser Standpunkt des Bundesverfassungsgerichts ist – ob er uns gefällt oder nicht – durch nichts zu erschüttern. Der gesunde Menschenverstand sollte es allerdings gebieten, die Einkommen im MfS/AfNS mindestens bis zur Höhe der Einkommen in den anderen bewaffneten Organen als für die Rentenberechnung maßgeblich anzusehen. Auch diese liegen über dem Durchschnittseinkommen in der Volkswirtschaft, und das hat das Bundesverfassungsgericht bekanntlich nicht beanstandet.

Seit Mitte 2004 sind wir bei der Klärung der Einkommensverhältnisse im MfS/AfNS deutlich vorangekommen. Nachdem bereits aus dem Mdl und der NVA aufbereitete Daten vorliegen, sind jetzt auch umfangreiche Unterlagen der Birthler-Behörde gesichtet, geordnet und bewertet. Dazu gehören insbesondere Haushaltsunterlagen des MfS/AfNS ab 1960, erste Struktur- und Stellenpläne ab 1952 sowie Dokumente der Volkskammer und des Ministerrates, Besoldungs- und Versorgungsordnungen, Kaderstatistiken usw. Da in der Birthler-Behörde umfangreiche Bestände noch nicht erschlossen sind, kommen immer noch neue Unterlagen hinzu. Allerdings ist manches, was bedeutsam wäre, einfach nicht vorhanden. Anderes wird unauffindbar bleiben, weil nur die Behörde selbst in ihren Beständen recherchieren darf und wir diesen Zugang nicht besitzen.

Die Unterlagen des Bundesverwaltungsamtes stehen immer noch nicht zur Verfügung.

Deshalb hat der Gutachter jetzt eine Konzeption für eine möglichst aussagekräftige Auswertung der in unserem Rechtsanwaltsbüro vorhandenen Entgeltbescheide erarbeitet, die im Herbst durchgeführt wird.

Alles erfordert Zeit und Geduld. Abstriche auf Kosten der Aussagekraft und der Qualität des notwendigen Gutachtens sind nicht zu verantworten und werden nicht gemacht.

Der Vorstand sprach erneut seinen Dank an Prof. Dr. Wolfgang Edelmann aus, der die Hauptlast dieser Untersuchungen trägt und versicherte ihm sein volles Vertrauen.

★

Mit Bedauern nahm der Vorstand zur Kenntnis, dass das Bundesverfassungsgericht sieben direkte Verfassungsbeschwerden gegen die fortlaufende Kürzung auf 1,0 Entgeltpunkte für führende DDR-Funktionäre (§ 6 Abs. 2 AAÜG) nicht angenommen hat. Diese waren mit Unterstützung des BRH, der IGA und der GRH erhoben worden. ISOR hatte sie auch finanziell unterstützt. Das Bundesverfassungsgericht hat erneut auf den Instanzenweg verwiesen und die ausnahmsweise schnelle Entscheidung abgelehnt. ISOR setzt nun, abgestimmt mit allen Beteiligten, darunter vor allem auch dem Bundeswehrverband und dem BRH, den juristischen Kampf auf der Basis bereits aktivierter Verfahren fort. Wahrscheinlich wird in absehbarer Zeit dazu auch eine Richtervorlage beim Bundesverfassungsgericht eingehen.

★

Hinsichtlich des neuen Gesetzes zum Dienstbeschädigungsausgleich orientiert der Vorstand auf die vorläufigen Erläuterungen in **ISOR aktuell** 8/2006. Erst die Auswertung der praktischen Anwendung der Vorbehaltsklausel des § 1a (Verstöße gegen die Grundsätze der Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit) lässt weitergehende Schlussfolgerungen bis zu konkreten juristischen Schritten zu. Erfahrungen liegen bisher nur mit einem analogen »Verwirkungstatbestand« bei der Aberkennung oder Kürzung von VdN-Renten vor.

★

Der Vorstand nahm einen Bericht seines Schatzmeisters über die Erfüllung des Finanzplanes für das I. Halbjahr 2006 entgegen. Danach kann davon ausgegangen werden, dass der Finanzplan 2006 vollständig erfüllt werden wird. Dank der Sparsamkeit und Finanzdisziplin der TIG führte auch die Begehung des 15. Jahrestages der Gründung von ISOR zu keinen wesentlich höheren Ausgaben.

★

Der Landesbeauftragte für Brandenburg, Gerd Röseberg, berichtete über Erfahrungen und Probleme in der Arbeit der TIG in diesem Land sowie über die Ergebnisse von Gesprächen mit politischen Verantwortungsträgern auf Landesebene. Er verwies u.a. auf das gewachsene Interesse an allgemeinen Problemen der sozialen Absicherung sowie Erfahrungen und Vorhaben bei der Arbeit mit Stützpunkten für größere regionale Bereiche.

➤ Fortsetzung auf Seite 2, unten

Zur Aktualität des KPD-Verbots

Von Prof. Dr. Erich Buchholz

Die aktuelle Bedeutung des KPD-Verbots vor 50 Jahren am 17. August 1956 kann ohne einen Rückblick nicht begriffen werden.

Im Ergebnis des Sieges über den Hitlerfaschismus gewann die SU und gewannen die Kommunisten weltweit großes Ansehen und wachsenden Einfluss.

In der sowjetischen Besatzungszone wurde durch den Zusammenschluss mit der SPD auch ihre Position weiter gestärkt; die westlichen Besatzungsmächte in Westdeutschland verhinderten die Vereinigung von KPD und SPD. In Ostdeutschland, dann in der DDR, wurde die Einheitspartei zur maßgeblichen gesellschaftlichen Kraft.

Für Adenauer und die Kräfte, deren Interessen er verfocht, sowie für die USA-Administration wurden die deutschen Kommunisten zu einer großen Gefahr und zum Feind Nr. 1.

Generalstabsmäßig wurde nun, anknüpfend an die Praxis der Nazis, auf allen Ebenen und mit allen Mitteln der Generalangriff auf die KPD geführt:

In den Medien wurde eine beispiellose Hetze gegen die Kommunisten betrieben, die sich kaum von der Nazis unterschied – wie ich es mit Schrecken 1946 in Westberlin ganz unmittelbar erlebte.

Es folgten Verbote demokratischer Organisationen, so der FDJ und der VVN.

Ein Sonderstrafgesetz – erklärtermaßen gegen Kommunisten – wurde als »Blitzgesetz« durch den Bundestag gepeitscht; es trug die Handschrift Schafheutles, der im Nazi-Justizministerium an der Ausarbeitung von Strafgesetzen gegen Kommunisten beteiligt war. Dieses »Blitzgesetz« sah über die Strafbestimmungen mit einem neu erfundenen Straftatbestand gegen den »gewaltlosen« und »schleichenden« Hochverrat hinaus – ähnlich wie bei den Nazis – Sondergerichte vor.

Auf Grund eines in einem Geheimprozess erwirkten Grundsatzurteils, dem Fünf-Broschüren-Urteil vom 8. April 1952, wurden ohne jede ernsthafte Beweisführung Unrechtsurteile am Fließband produziert.

In den Strafurteilen hieß es dann nur noch lapidar: »Nach dem Urteil des Bundesgerichts-

➤ Fortsetzung von Seite 2



Der Vorstand nahm weiter eine Information über einen Aktionstag, den der DGB für den 21. Oktober plant, entgegen. Er soll in Berlin und in weiteren Großstädten der alten Bundesländer stattfinden. Der Vorstand empfiehlt, Aktionen in diesem Rahmen zu unterstützen.

hofs vom 8. April 1952 beabsichtigt die KPD die Vorbereitung eines gewaltsamen Umsturzes der Verfassung. Der Angeklagte ist Kommunist bzw. gehört einer kommunistischen Tarnorganisation an. Er ist daher schuldig der Vorbereitung zum Hochverrat.«

Die ausgewählten Richter dieser Sondergerichte rekrutierten sich aus Nazirichtern, zumal in der westdeutschen Justiz keine Entnazifizierung stattfand. So kam es dazu, dass solche Richter wenige Jahre nach dem Ende des Nazi-regimes dieselben Kommunisten als einschlägig vorbestrafte, unverbesserliche Angeklagte »mit Hafterfahrung« verurteilten, die sie einige Jahre zuvor in die Kerker der Faschisten geschickt hatten. Das war eine Wiederauflage der Kommunistenverfolgung unter Hitler.

Der Höhepunkt dieses Generalangriffs auf die deutschen Kommunisten war das von Adenauer unter dem 21. November 1951 beantragte und forcierte Verbot ihrer Partei durch das Bundesverfassungsgericht (BVerfG).

Das dafür erforderliche Gesetz (Bundesverfassungsgerichtsgesetz) war rechtzeitig verabschiedet worden. In der Begründung des Verbots-Antrags der Bundesregierung hieß es: »Als schwerster Angriff gegen den Bestand der Bundesrepublik und die freiheitliche demokratische Grundordnung ist die so genannte Volksbefragungsaktion in Westdeutschland anzusehen!«

In der Tat entsprach diese demokratische Volksbefragung breiten Teilen der westdeutschen Bevölkerung, die sich gegen die Militarisierung Westdeutschlands und die Spaltung Deutschlands wandten.

Im Verfahren gegen Angehörige des »Hauptausschusses für Volksbefragung« vom 2.8.1954 – StE 68/52 und StE 11/54 – musste der 3. Strafsenat des BGH einräumen:

»In fast allen Kreisen der Bevölkerung zeigten sich unabhängig von der parteipolitischen Überzeugung ... erhebliche Abneigung und Widerstand gegen die von der Bundesregierung vertretene Außenpolitik.« »In das ›Nein zur Wiederbewaffnung‹ mündeten zahlreiche Stimmen aus den verschiedensten politischen oder weltanschaulichen oder sonstigen Beweggründen.«

Adenauer wollte erklärtermaßen um jeden Preis nicht die Einheit Deutschlands, nicht das ganze Deutschland halb, sondern die Einbindung Westdeutschlands in die NATO, das halbe Deutschland ganz.

Die Strafverfahren gegen Hunderttausende dienten der Vorbereitung und dem Erlass des Parteiverbotes. Die rechtswidrigen Strafurteile nahm das BVerfG als »Beweis« für die Gefährlichkeit der KPD.

OKV-Präsidium tagte

Am 31. August traf sich das Präsidium des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV) mit den Vertretern der Mitgliedsverbände, darunter ISOR e.V.

Im Mittelpunkt der Zusammenkunft standen folgende Fragen:

- Vorlage einer Erklärung des OKV
 - »60 Jahre Urteil von Nürnberg« mit aktuellen Schlussfolgerungen für die Beendigung militärischer Konflikte und die Herstellung von Frieden.
- Aufnahme des »Bündnis für soziale Gerechtigkeit Berlin-Lichtenberg/Hohen-schönhausen« mit seinen 19 regionalen Mitgliedsverbänden als Mitglied des OKV.
- Vorbereitung einer hochrangig besetzten Podiumsdiskussion zur aktuellen Lage im Nahen Osten für Oktober 2006.
- Appell an alle Mitgliedsverbände des OKV, sich am bundesweiten Aktionstag der Gewerkschaften – u.a. auch in Berlin – am 21.10.2006 aktiv zu beteiligen.

Die Anwesenden diskutierten ferner über den Entwurf einer Finanzordnung des OKV und nahmen einen Bericht über die bisherige Wirksamkeit der seit dem 23. Juni eingerichteten Website des OKV (www.okv-ev.de) vom Pressesprecher entgegen.

Diese Strafverfahren, nicht nur gegen Kommunisten, sondern auch gegen zahllose Sympathisanten, wirkten nicht nur durch die rechtswidrigen Verurteilungen bei über 7000 zu Freiheitsstrafen, sondern als permanente Pression vieler Unschuldiger, denen so unmöglich gemacht wurde, von ihren politischen Rechten Gebrauch zu machen. Sie wurden gesellschaftlich ausgegrenzt und politisch weitgehend mundtot gemacht.

Schließlich wurden die vielen Tausende unschuldig Verurteilten auch ökonomisch kaputtgemacht, so durch die enormen Gerichtskosten, durch Streichung von Renten und anderen Leistungen wegen »Unwürdigkeit«, weil sie Kommunisten waren. Aber die Kommunisten konnte man nicht unterkriegen!

Seit den 60er Jahren war die Bundesrepublik wegen des Ansehensverlustes, den diese der Nazipraxis ähnliche Strafverfolgung brachte, zu einigen Korrekturen genötigt. Aber die Kommunistenhatz ging weiter, so auch besonders durch die Berufsverbote.

Dieses ganze Programm des Kampfes gegen den Kommunismus bewirkte eine massive Unterdrückung jedweder »linker« Bestrebungen, auch solcher innerhalb der SPD und der Gewerkschaften.

Auch wurde zunehmend jede Sympathie für die DDR verfolgt; Freunde der DDR wurden gemäßregelt und stigmatisiert.

➤ Fortsetzung auf Seite 3

Nach 1990 hat man in der Bundesrepublik hinsichtlich dieser Kommunistenverfolgung der 50er Jahre manche Selbstkritik geübt, auch höchsten Ortes.

Aber die gebotene Rehabilitierung der unschuldig Verurteilten und die Wiederherstellung der vollen Legalität der KPD unterbleibt. Auf diese Weise hat sich die Reaktion die Hände dafür freigehalten, unter möglichem Rückgriff auf das KPD-Verbot gegen Personen vorzugehen, deren Tätigkeit als illegale Fortsetzung der KPD missdeutet werden kann.

Die aktuelle Bedeutung dieser massenhaften Kommunistenverfolgung sehe ich wesentlich darin, dass nach der Einverleibung der DDR diejenigen, die diesen Staat auch mit Idealen der Kommunisten aufgebaut hatten, genauso general-

stabsmäßig wie damals verfolgt wurden. An erster Stelle stand wiederum und steht auch heute die Kommunistenhetze, als umfassende und permanente Verleumdung der DDR, der SED und besonders des MfS/AfNS.

Eine spezifische gesetzliche Grundlage für eine solche strafrechtliche Verfolgung gab es allerdings nicht. So wurden Hunderttausende unter krasser Verdrehung des nach dem sog. Einigungsvertrag zugrunde zu legenden DDR-Rechtsverrechtswidrig verfolgt und viele Tausende unschuldig verurteilt, zahlreiche zu Freiheitsstrafen.

Wiederum diente die Strafverfolgung dazu, über die rechtswidrige Verfolgung von DDR-Bürgern hinaus, ihnen im Rechtsstaat Bundesrepublik die Ausübung ihrer politischen Rechte unmöglich zu machen.

Ebenso wird wieder die ökonomische Keule geschwungen - durch extreme Gerichtskosten und Streichung von Renten wegen »Unwürdigkeit« wie überhaupt durch die »Strafrenten«, nicht nur bei ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS.

Weil vielen DDR-Bürgern immer deutlicher wird, was 1990 über sie gekommen ist und was sie an Rechten und Errungenschaften verloren, und ihnen deshalb die DDR zunehmend in guter Erinnerung ist, verstärken sich Verleumdung der DDR und die Hetze gegen deren Repräsentanten und Institutionen.

Die Angst vor einer sozialistischen Alternative, für die Kommunisten und Sympathisanten kämpften und kämpfen, ist für die Reaktion allgegenwärtig.



Das »Bündnis für soziale Gerechtigkeit Berlin Lichtenberg-Hohenschönhausen«, hat am 28. Juni 2006 das zweite Mitgliederforum seit der Gründung im Mai 2004 durchgeführt. Es stand unter dem Thema »der Kampf um soziale Gerechtigkeit in der Gegenwart«.

Zu diesem Forum wurden Mitglieder des Bündnisses, Vertreter von Sozialverbänden und sozialen Einrichtungen sowie Politiker der in der BVV Lichtenberg vertretenen Parteien eingeladen.

Herzlich begrüßt wurden die Vertreter der Linkspartei.PDS Dr. Gesine Lötzsch, Stellv. Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag und Bezirksvorsitzende der Linkspartei.PDS/Lichtenberg sowie Martina Bunge, Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit des Deutschen Bundestages und Sprecherin der Fraktion für ostdeutsche Rentenüberleitung.

Von den ebenfalls eingeladenen Parteien der BVV Lichtenberg CDU, SPD und FDP waren keine Vertreter erschienen.

Die Ausführungen von Dr. Martina Bunge waren geprägt von hoher Sachkenntnis zu den aktuellen Fragen der Politik sowie Rentenfragen. Sie hat überzeugend die klare Position gegen das noch bestehende Rentenstrafrecht bekräftigt und einen aktiven Beitrag zur Änderung des 1. AAÜG-Änderungsgesetzes einschließlich parlamentarischer Aktivitäten zugesagt.

Das Mitgliederforum hat erneut die unmittelbaren Forderungen unseres Bündnisses bestätigt und öffentlich diskutiert.

Wir fordern u.a. gleiche Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost und West sowie die Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West.

Geschichtsfälschungen oder falsche Darstellungen von Geschichtsepisoden dürfen nicht widerspruchsfrei hingenommen werden.

Die im Bündnis vertretenen Vereine und Verbände haben im Ergebnis des Mitgliederforums vereinbart, den Sprecherrat über relevante Ereignisse und vorgesehene Maßnahmen zum Zwecke der Koordinierung aktuell zu informieren.

Entsprechend einer Festlegung des Sprecherrates ist vorgesehen, die Mitgliedschaft im »Ostdeutschen Kuratorium der Verbände« zu beantragen.

Lothar Haugk

★

15 Jahre ISOR e. V. *)

15 Jahre auch persönlicher Einsatz von über 50 Mitgliedern dieses großen ostdeutschen Sozialvereins in unserem Amtsbereich (**Usedom-Nord**) für soziale Gerechtigkeit in Deutschland.

Uns ging es dabei immer um den Zusammenhalt untereinander, vor allem im politischen Kampf gegen den massiven Sozialabbau, gegen die wachsende Arbeitslosigkeit und Massenarmut sowie gegen die maßlose Privilegierung und Bereicherung von Vermögenden in Wirtschaft und Politik.

Bei großen politischen Kundgebungen diesbezüglich waren auch immer ISOR-Mitglieder aus unserer Region dabei. Auch die Angleichung von Löhnen und Renten Ost und West, besonders nun nach ca. 16 Jahren deutscher Einheit, standen stets auf unseren Forderungslisten.

Das Hauptziel der Gründung unseres Vereins vor 15 Jahren und seiner Entwicklung zu einem nicht totzuschweigenden starken Sozialverein mit derzeit ca. 24.000 Mitgliedern in Ost

und West war und ist jedoch die endgültige Beendigung des seit 1991 anhaltenden politisch verordneten Rentenstrafrechts. Die Mehrzahl der höchsten Politiker und Volksvertreter dieser Republik hatten sich damals dazu hinreißen lassen, allen ehemaligen Berufssoldaten der Nationalen Volksarmee der DDR, allen Berufskadern der anderen bewaffneten Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR, allen hohen Verantwortungsträgern der DDR in Wirtschaft, Kultur und Politik wegen »besonderer Staatsnähe« ihre durch monatliche Beitragszahlungen erworbenen Rentenansprüche einfach willkürlich zu kürzen ... Sie verstößen damit gegen das Grundgesetz und gegen die Rechtsstaatlichkeit, auf die sie sich sonst immer gern beziehen.

Sie missachten nach wie vor die Bismarcksche Grundregel der Wertneutralität des Rentenrechts. Sie ignorieren sogar die kritische Bemerkung eines UNO-Menschenrechtsorgans vor einigen Jahren, das die BRD bzgl. dieser Praktiken der Menschenrechtsverletzung bezichtigte. Zugleich zahlte die BRD seit ihrer Gründung ganz normal – und ohne politische Bedenken – volle gesetzliche Renten an hohe Verantwortungsträger, die einmal mit dem Totenkopfabzeichen an ihren Mützen herumgefahren sind.

Welch ein Hohn, welch ein Hassgefühl gegen den ehemaligen Staat DDR und seine Verantwortungsträger...

Wir danken in diesen Wochen anlässlich, unseres 15. Jahrestages allen unseren Mitgliedern dafür, dass sie auch weiterhin solidarisch an unserer Seite bleiben, bis auch der letzte ehemalige DDR-Bürger die Versorgungsbezüge erhält, die ihm zustehen.

Wir danken allen Mitgliedern der anderen Sozialvereine in unserer Region, wie den Kameraden des Bundeswehrverbandes, den Mitgliedern der Volkssolidarität und des Sozialverbandes Deutschland, die im Kampf um soziale Gerechtigkeit immer an unserer Seite stehen.

Nur gemeinsam wird es uns gelingen, zu verhindern, dass dieses kleine aber bedeutsame Wort »sozial« im Begriff der kapitalistischen Marktwirtschaft in Deutschland erhalten bleibt!

Anlässlich des 15. Jahrestages unseres Vereins sind wir bei anhaltender Solidarität aller unserer Mitglieder und in engster Verbundenheit mit anderen Sozialvereinen sehr zuversichtlich, dass in den kommenden Jahren auch die letzten Reste des politischen Strafrentensystems in Deutschland beseitigt werden können und endlich Rechtsstaatlichkeit auf diesem Gebiet einziehen kann.

Ich wünsche allen Vereinsmitgliedern in unserer territorialen Initiativgemeinschaft und ihren Familien sowie allen unseren Sympathisanten und Gleichgesinnten alles Gute, Gesundheit und persönliches Wohlergehen.

Volker Sachse, TIG-Vorsitzender

**) Dieser Beitrag, den wir auszugsweise abdrucken, wurde im amtlichen Bekanntmachungsblatt des Amtes Usedom-Nord »Der Usedomer« Nr. 7/06 veröffentlicht.*

★

Die TIG **Perleberg/Wittenberge** führte Ende August 2006 eine Festveranstaltung anlässlich des 15. Jahrestages von ISOR e.V. durch. In der Festrede wurde die 15jährige Entwicklung von ISOR e.V. gewürdigt. Mit Petitionen und Protestschriften sowie juristischen Mitteln setzten sich unsere Mitglieder gegen das Rentenstrafrecht zur Wehr. Wir können es nicht wortlos hinnehmen, dass die herrschenden Kreise der BRD gar nicht daran interessiert sind, eine rentengerechte Regelung für die »ostdeutschen Bundesbürger« rechtswirksam werden zu lassen. Ein Ende unseres Kampfes für Rentengerechtigkeit ist noch nicht in Sicht. Wir werden nicht resignieren und unseren Kampf um soziale Gerechtigkeit im Sinne des Grundgesetzes der BRD in solidarischer Gemeinsamkeit mit zahlreichen Gleichgesinnten konsequent forsetzen, sagte der Redner. Er dankte allen Mitgliedern der TIG und Ehepartnern für die bisherige Mitarbeit und wünschte allen eine weitere erfolgreiche Arbeit und Gesundheit.

Helmut Kahl, Perleberg

★

In **ISOR aktuell** 10/05 hatten wir mitgeteilt, dass die AG Recht unserer TIG **Rostock** neue Aufgaben gesucht hat, um die Kontakte zu unseren Mitgliedern mittels thematischer Sprechstundengestaltung zu verbessern.

Nunmehr können wir sagen, dass diese Form der Sprechstunden von unseren Mitgliedern angenommen wurde. Die Sprechstunden wurden besucht und ca. 250 Muster (Versorgungsvollmacht und Patientenverfügung) konnten den Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden. Dabei hat sich auch bewährt, dass unter anderem ein Rechtsanwalt anwesend war und wir bei der Patientenverfügung

ein Muster hatten, welches mit einem Facharzt für Inneres abgestimmt war. Bei der Beratung zur Rentenbesteuerung war ein Steuerberater anwesend, der besonders den älteren Witwen beratend aktive Hilfe leistete.

Zum 01. August 2006 hatten wir alle Mitglieder, die Anspruch auf Dienstbeschädigungs-ausgleich erheben, zur Beratung eingeladen. An dieser Beratung nahmen elf Mitglieder teil. Jetzt verfügt die AG Recht über Angaben von allen Mitgliedern, die dieses Thema betrifft, so dass wir gegebenenfalls weitere Maßnahmen koordinieren können.

Günter Krenkel

★

Zu ihrem 6. Altmarktreffen konnten die 146 anwesenden Mitglieder der fünf TIG aus der **Altmark** und ihre Gäste am 26. August 2006 den Vorsitzenden der ISOR e.V. begrüßen. Horst

Parton erläuterte in seinem fast einstündigen Vortrag die rechtliche Situation nach 15 Jahren Tätigkeit von ISOR. Insbesondere ging es um Fragen des derzeitigen juristischen Kampfes gegen das Rentenstrafrecht.

Als Gäste waren unserer Einladung gefolgt:

Jörg Krause, MdL, Vertreter der Bundespolizeigewerkschaft, des DBwV, der GRH, Mitglieder aus den TIG Wefensleben, Potsdam-Drewitz, Perleberg, Berlin-Hellersdorf und Marzahn sowie erstmals Vertreter der TIG Wolmirstedt.

Helmut Stefan

(Über das Altmarktreffen berichteten sowohl die »Altmarkzeitung« am 28.08. als auch die »Volksstimme« am 29.08. unter den Überschriften »Verein fordert seit 15 Jahren Anerkennung der DDR-Rentenansprüche« bzw. »Weiter aktiv für Rentenansprüche.«)

Aus der Postmappe:

Seit der Existenz und der 15-jährigen Entwicklung unserer ISOR e.V. können wir mit Stolz auf einen erfolgreichen Rentengerechtigkeitskampf zurückblicken. Dennoch ist das gesteckte Ziel noch nicht für jedermann erreicht. Die Voraussetzung dafür ist aber durch den gemeinsamen Zusammenhalt aller TIG gegeben. Getragen von einem gesunden Optimismus, der vertrauensvollen und korrekten Arbeit des zentralen ISOR-Vorstandes, der Ausschöpfung aller rechtlichen Grundlagen, der weiteren schöpferischen Solidarität und der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Vereinen und Verbänden wird der hartnäckig angestrebte soziale Erfolg für jedermann sicher sein.

Die bisherigen Ergebnisse wurden nur erreicht, weil keine Nachlässe in den Anstrengungen des breit angelegten juristischen und moralischen Kampfes zugelassen wurden. Pessimismus, Inkonsistenz oder gar ein Aufgeben widerspricht zutiefst dem Grundanliegen unserer Satzung. Schon der Gedanke sollte gar nicht erst aufkommen.

Dank der umsichtigen Arbeitsweise des von uns gewählten zentralen ISOR-Vorstandes konnten viele unserer Mitglieder aus der Rentenbestrafung befreit werden. Ich vertraue darauf, dass auch jene noch vom Rentenstrafrecht betroffenen Mitglieder zu ihrem Recht gelangen werden.

Die bisherigen vielseitigen Bemühungen haben bereits Anzeichen auf Zustimmung zur Beseitigung der Rentenungerechtigkeit in Mecklenburg-Vorpommern signalisiert. Dies findet u. a. seinen Ausdruck in der Bundesratsinitiative der rot-roten Landesregierung (sh. ISOR aktuell 3/02) vom 26.02.2002 und den vielen Einzelaktivitäten der Vorstandsmitglieder Siegfried Felgner und Horst Hartrampf. Aber auch Bundestagsabgeordnete der Linkspartei erläuterte in seinem fast einstündigen Vortrag die rechtliche Situation nach 15 Jahren Tätigkeit von ISOR. Insbesondere ging es um Fragen des derzeitigen juristischen Kampfes gegen das Rentenstrafrecht.

partei.PDS und der SPD aus Mecklenburg-Vorpommern sind auf unserer Seite.

Am 17. September finden die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern statt. Die Parteien und ihre Kandidaten führen einen erbitterten Wahlkampf. Alle möchten sich den höchsten Stimmenanteil sichern.

Meine Position ist: Die Kandidaten erhalten die Stimme, von dessen Partei wir wissen, dass sie unseren Kampf gegen das Rentenstrafrecht und gegen den Sozialabbau mit Aktivitäten unterstützt. Nutzen wir die Gelegenheit zur Wahl!

Walter Krüger, Güstrow

Pressespiegel:

Gelesen in der Zeitung »Blitz« Schwerin (Auszug):

ZEITGEIST

Erfolge bekräftigen das Ziel
Verein setzt sich für strikte Trennung von
Rentenrecht und Strafrecht ein

Schwerin/sb/brückner Die Überleitung von zu DDR-Zeiten erworbenen Rentenansprüchen in das Rentenrecht der BRD war und ist nicht unproblematisch. Wurden doch z.B. »Staatsnähen« diese Ansprüche verweigert, Rentenrecht mit Strafrecht verquickt. Das zu ändern, haben sich verschiedenste Vereine, Verbände auf die Fäden geschrieben.

Einer davon ist die Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR, kurz ISOR e.V. Seit 15 Jahren setzt sich ISOR für die sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger der NVA, der Grenztruppen, der Volkspolizei der DDR u. a. ein. Nicht unumstritten, denn zum Klientel gehören auch ehemalige Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). BLITZ sprach dazu mit Vorstandsmitglied Siegfried Felgner, ISOR-Landesbeauftragter für MV:

> Fortsetzung auf Seite 5

BLITZ: 15 Jahre ISOR haben was gebracht?
Felgner: Eigentlich ist unser größter Erfolg, dass sich 1991 und danach Zigtausend zusammenschlossen, sich wehrten und das weiter tun. Grund war, dass damals alle ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe per Post erfuhren, dass sie nicht mehr krankenversichert waren und sich privat versichern sollten. Dann sollten die zu DDR-Zeiten erworbenen Anwartschaften auf Zusatz- und Sonderversorgung, was eben NVA, Zöllner, Grenztruppen, MfS-Mitarbeiter, aber auch Lehrer und Wissenschaftler betraf, nicht anerkannt werden, obwohl durch Volkskammer und Einigungsvertrag anders festgelegt. Für uns begann so der Kampf um die Erhaltung der Wertneutralität im Rentenrecht und die strikte Trennung von Sozial- und Strafrecht in Deutschland.

BLITZ: Das ist vom Tisch?

Felgner: Weitgehend, aber das ist nicht nur ISOR's Verdienst. Wir haben eng mit anderen Vereinen, die sich die sozialen Rechte ihrer Mitglieder auf die Fahnen geschrieben haben, wie Bundeswehrverband, BRH, GRH und anderen zusammengearbeitet. Es war uns klar, dass

wir unser Recht nur vornehmlich juristisch erstreiten konnten. Also haben wir Mitglieder und Betroffene bei Widersprüchen, immerhin 150.000 und Klagen (rund 30.000) auf allen juristischen Ebenen unterstützt. Fazit: Das Rentenüberleitungsgesetz musste mehrmals geändert werden. 1999 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass die meisten ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR vom Rentenstrafrecht befreit werden.

BLITZ: Aber nicht alle ...

Felgner: Ehemalige Mfs-Mitarbeiter nicht. Für sie wurde das Rentenstrafrecht lediglich – ungerecht – gemildert. ...

BLITZ: Was hat sich ISOR künftig vorgenommen?

Felgner: Gemeinsam mit den anderen Vereinen an der endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts zu arbeiten und Sozialabbau verhindern.

Bei anderen gelesen:

Aufbewahrungsfrist für DDR-Lohnunterlagen verlängern

»Die Volkssolidarität fordert die Bundesregierung dringend auf, eine Verlängerung der Aufbewahrungsfrist für Lohnunterlagen von DDR-Betrieben und Einrichtungen mindestens bis zum 31.12.2007 zu ermöglichen. Nur so kann gesichert werden, dass weit über eine Million Bürger in den neuen Ländern noch ihre Rentenkonten klären und Rentenansprüche sichern können.«

...

Trotz umfangreicher Informations- und Aufklärungsarbeit rechnet die Deutsche Rentenversicherung Bund für Ende 2006 mit insgesamt 1,3 Millionen ungeklärten Versicherungskonten von Versicherten in den neuen Bundesländern. Dabei seien die ungeklärten Konten der Versicherten, die in die alten Länder verzogen sind (2,54 Millionen zwischen 1991 und 2004), noch nicht einmal berücksichtigt. Die Klärung der Rentenkonten ist jedoch eine wichtige Voraussetzung, um Rentenansprüche zu sichern.

> Fortsetzung auf Seite 6

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 94. Geburtstag:

Margarete Macijewski, Suhl

zum 92. Geburtstag:

Erhard Helbig, Bln.-Prenzl. Bg.
Rudolf Schuckel, Halberstadt

zum 89. Geburtstag:

Hugo Beck, Trusetal
Herbert Brömmer, Stralsund
Annemarie Buchheim, Bernau
Paul Mergner, Leipzig
Walter Weidner, Gera

zum 88. Geburtstag:

Werner Juckel, Lübben
Heinz Meuche, Dresden
Artur Palm, Schönebeck
Käthe Pawlik, Halberstadt
Siegfried Riedel, Bln.-Treptow
Lieselotte Thoms, Rostock
Otto Trötscher, Bln.-Hellersdorf

zum 87. Geburtstag:

Kurt Bendix, Jena
Emmi Borth, Quedlinburg
Charlotte Eberlein, Bln.-Marzahn
Ernst Heidrich, Bln.-Marzahn
Herbert Mieth, Magdeburg
Hildegard Schmidt, Bln.-Fr'felde
Georg Stenzel, Chemnitz
Hildegard Vonnöh, Quedlinburg

zum 86. Geburtstag:

Kurt Ferkert, Dresden
Helmut Gaudig, Magdeburg
Erich Hähnel, Bln.-Marzahn
Arthur Jautze, Bln.-Fr'hain
Gerda Nickel, Fürstenwalde

Herbert Schwabe, Bln.-Köpenick
Richard Vollmer, Altlandsberg

zum 85. Geburtstag:

Bogoslav Bartosik, Bln.-Hhsn.
Gerhard Baumann, Bln.-Fr'felde
Helmut Fein, Bln.-Prenzl. Bg.
Else Hinz, Schwerin
Kurt Köhler, Bln.-Hhsn.
Rudolf Leißner, Leipzig
Gudrun Meining, Dresden
Werner Reichelt, Dresden
Paul Röder, Bln.-Hhsn.
Gerhard Sens, Aschersl./Staßfurt
Gerhard Thieme, Lomnitz
Günther Wanserski, Bln.-Prenzl. Bg.

zum 80. Geburtstag:

Wolfgang Elster, Bad Salzungen
Fritz Flach, Zeuthen
Christa Hohnstein, Leipzig
Erich Kaack, Oberhof
Renate Konzack, Bln.-Hhsn.
Renate Laufkötter, Bln.-Treptow
Ingeborg Mildner, Zeesen
Hans Nieter, Magdeburg
Ilse Otto, Weißenfels
Erich Richter, Aschersl./Staßfurt
Güntre Schneweiß, Frankf./O.
Hildegard Seifert, Erkner
Hansgünter Strohm, Rostock
Siegfried Thiele, Lübben
Horst Truhn, Bln.-Pankow
Heinz Walther, Bln.-Fr'felde
Traudel Wendt, Wittenberge
Anna-Marie Zill, Dresden

zum 75. Geburtstag:

Konrad Arndt, Wandlitz
Gottfried Boden, Dresden
Günter Böhnemann, Sternberg
Wolfgang Borgwald, Putbus
Hanna Caspar, Leipzig
Heinz Clemens, Frankf./O.
Horst Däbel, Etzin
Lothar Donath, Halle
Heinz Ebert, Weißwasser
Werner Eckstein, Bln.-Marzahn
Harald Felsberg, Eisenach
Helmut Franke, Bln.-Marzahn
Anita Freyer, Schwerin
Gerda Grabert, Bln.-Pankow
Isolde Gruber, Bln.-Li'berg
Egon Grüning, Bln.-Pankow
Gertraude Grützner, Bln.-Prenzl. Bg.
Günther Hinkel, Chemnitz
Wolfgang Hönig, Karlshagen
Robert Hollstein, Halle
Werner Jahn, Bln.-Treptow
Ewald Janotta, Bln.-Mitte
Karl Jaschob, Bln.-Treptow
Waldemar Kalle, Gardelegen
Günther Knebel, Bln.-Hhsn.
Heinfried Körner, Erkner
Werner Kotte, Karlshagen
Günter Krenkel, Rostock
Gerhard Kropka, Chemnitz
Horst Kühl, Aschersl./Staßfurt
Harri Kühmel, Bln.-Fr'felde
Ilse Latha, Glauchau
Elsbeth Lemmer, Bln.-Mitte

Horst Lengert, Klosterfelde
Roland Leppert, Fredersdorf

Hildegard Lindgrön, Erkner
Benno Lippke, Kaiseroda
Rudi List, Klötze
Martin Löhnitz, Bln.-Fr'felde
Karl Mach, Gera

Dr. Dieter Matthey, Bln.-Treptow
Jürgen Merz, Bln.-Treptow

Helmut Müller, Lampertswalde
Kurt Neubüser, Rostock
Günter Neudel, Oelsnitz-Raun
Wolfgang Oelschner, Bln.-Fr'felde
Anneliese Petasch, Bln.-Marzahn

Karl Pöschel, Suhl
Christa Przemuß, Aschersl./Staßfurt
Ewald Reisberg, Aschersl./Staßfurt

Magdalene Riedel, Gruna
Frank Röhner, Petershagen

Ingeburg, Roßberg, Bln.-Fr'felde
Lydia Schindler, Bln.-Prenzl.Bg.
Walter Schödel, Aschersl./Staßfurt

Gerhard Schöppach, Schöneiche
Christa Schreier, Falkensee
Heinz Schulz, Merseburg

Anita Seidel, Bln.-Li'berg
Dr. Anni Steinfurt, Rostock

Ilse Taubmann, Bln.-Hhsn.
Horst Wieloch, Cottbus
Heinz Wölk, Bln.-Karlshorst
Wolfgang Zätzsch, Wildau
Hans Ziemann, Stralsund
Sigrid Zitzke, Bln.-Fr'hain

Dazu werden Nachweise benötigt, die in vielen Fällen bei den von den Ländern beauftragten Archiv- und Dokumentationszentren erhältlich sind, die Lohnunterlagen von DDR-Betrieben und -Einrichtungen aufzubewahren. Die Pflicht zur Aufbewahrung solcher Unterlagen soll jedoch zum 31.12.2006 enden...

(Aus der Presseinformation der Volkssolidarität Nr. 83/2006)

Hinweis der AG Recht:

Der Gesetzgeber hat noch keine Bereitschaft gezeigt, die Frist zu verlängern.

Mitglieder, deren Beschäftigungszeiten im zivilen Bereich noch nicht in ihre Rentenbiografie eingeflossen sind, sollten dringend Kontenklärung beantragen, da es sonst zu Einbußen bei den nicht geklärten Rentenanträgen kommen kann.



Koalition der Rentenräuber

Zur Forderung der Union nach deutlichen Einschnitten bei der Witwer- und Witwenrente erklärte der rentenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Volker Schneider, am 9. August:

DIE LINKE. lehnt die geforderten Kürzungen bei den Witwer- und Witwenrenten strikt ab. Die Union setzt ihr Spiel, verschiedene Betroffenengruppen gegeneinander auszuspielen, munter fort. Es ist geradezu unredlich, wenn MdB Peter Weiß behauptet, von dem so eingesparten Geld könnten andere Rentner und Rentnerinnen profitieren. Es ist nicht zu übersehen, dass die Union nach weiteren Einsparmöglichkeiten sucht, um Ausnahmeregelungen etwa für langjährig Versicherte und Erwerbsgehinderte bei der Rente mit 67 kompensieren zu können. Das Geld hierfür soll offensichtlich den Hinterbliebenen zwischen 45 und 50 abgenommen werden. Mit diesem allzu durchsichtigen und im wahrsten Sinne des Wortes »billigen« Versuch will die Union sich die Anhebung des Rentenalters erkaufen.

Denn der Unions-Vorschlag liefert marginale Einspareffekte, die sich im Bereich von 40 Millionen Euro bewegen. An den Gesamtausgaben der Rentenversicherung gemessen ein lächerlicher Betrag. Damit kann man die Rentenkasse jedenfalls nicht sanieren. Zudem liegt

das durchschnittliche Zugangsalter bei Witwer- und Witwenrenten bei 54,7 Jahren und damit weit oberhalb der von Weiß geforderten Anhebung des Mindestzugangsalters auf 50 oder 52 Jahre.

Man darf gespannt sein, welche weiteren Verrenkungen im selbst angerichteten Rentenchaos die Koalition noch zu bieten hat. Eines wird sie trotz aller Mühen nicht kaschieren können: Union und SPD bleiben die Koalition der Rentenräuber.

Aus »Pressedienst 33/06 DIE LINKE.PDS

Auf dem Büchermarkt:

**Markus Wolf:
Geheimnisse der russischen Küche.**



Hörbuch-CD,
60 min.
12,90 EUR
Neuer-
scheinung.

Nur über »Neues Deutschland« erhältlich:
ND-Shop Tel. 030-29 78 1654
Franz -Mehring-Platz 1, 10243 Berlin



Zum »Nachdenken« anlässlich des baldigen Tages der deutschen Einheit möchten wir auf ein sehr interessantes Buch aufmerksam machen, dass eine sachliche Analyse des deutschen Einigungsprozesses vornimmt und mittels exakter Zahlen eine Lanze für die neuen Bundesländer und ihre Einwohner bricht. Wegen seiner Brisanz und hohen Aktualität ist es bereits in seiner 7. Auflage erschienen:
Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Verlag das Neue Berlin; ISBN-10:3-360-00940-1

Von Mitglied zu Mitglied:

2 Ferienhäuser für je 3 Personen in **Plau am See** »Seeblick« für die Zeit vom 15.09. bis 31.10.06 – 10% Rabatt f.NS – Tel.: 038738 – 70421 od. 0174 4905599



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder



REINER ACKERMANN, Hoyerswerda
JOACHIM ARNDT, Bln.-Karlshorst
ADOLF BENDER, Bln.-Hhsn.
GERHARD BÜTTNER, Marienberg
PETER FISCHER, Saalfeld
WILLI FÖRSTER, Senftenberg
EGON FRÖDE, Bischofswerda
MARGARETE FROHBERGER, Leipzig
OTTO FURCHHEIM, Pdm.-West
LOTHAR GREINER, Rostock
WALTER HENNIG, Leipzig
RUDOLF HENNICKE, Stendal
ERIKA HERING, Leipzig
HEDWIG HEYDEL, Bln.-Hhsn.
RALF HILGENDORF, Bln.-Hhsn.
HARRI HOCHMUTH, Bln.-Fr'hain
ALWIN HÜBEL, Erfurt
WERNER ILLING, Chemnitz
GERHARD KLEPS, Bln.-Hhsn.
HANS KRUG, Stralsund
HELmut KUTZ, Magdeburg
WALTER LÖFFLER, Rudolstadt
GERDA MAYE, Bln.-Pankow
DR. BRUNO MANGOLD, Suhl
HORST MICHEHL, Mittweida
FRANK MÜLLER, Merseburg
HERBERT NEUMANN, Neustrelitz
GERHARD PLEUSE, Bln.-Pankow
JOHANN PRAUSE, Wolmirstedt
HARALD REGENHARDT, Bln.-Pankow
WILFRIED REIVGER, Bln.-Hhsn.
WALTER RICHTER, Bln.-Fr'felde
GERDA SCHIEMENZ, Cottbus
WERNER SCHMIDT, Cottbus
DR. EBERHARD SCHULZ, Stralsund
ARTHUR SCHULZE, Sangerhausen
KONRAD SEILER, Bln.-Oberspree
REINHARD SEYFARTH, Gera
WALTER SPAZIER, Belzig
PETRA STENGEL, Jena
ERWIN STENZEL, Plauen
REINHARD STOCK, Hoyerswerda
DIETER WEDEMEYER, Magdeburg
HEINZ WEIDHASE, Cottbus
MANFRED WENSKE, Halberstadt

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 30.08.2006

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 27.09.2006

Einstellung im Internet: 06.10.2006

Auslieferung: 12.10.2006

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 -10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Donnerstags von 15 bis 18 Uhr